

München, 15. Juli 2008

BBB-Verfahren vor Bundesverfassungsgericht erfolgreich!

Bundesverfassungsgericht kippt Versorgungsabschlag nach Teilzeit oder Beurlaubung!

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in einem Verfahren, das im Rechtsschutz des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) geführt wurde, die Regelung über einen Versorgungsabschlag für Beamte, die teilzeitbeschäftigt oder beurlaubt waren, für nichtig erklärt. Damit hat der jahrelange Kampf gegen diese Vorschrift ein erfolgreiches Ende gefunden.

Das Wichtigste in Kürze

Infolge der im Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) vorgegebenen Berechnungsweise für den Ruhegehaltssatz müssen Beamte, deren Beamtenverhältnis bereits vor dem 01.01.1992 bestand, u. U. einen Abschlag bei der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge hinnehmen, wenn sie zeitweise mit verminderter Arbeitszeit beschäftigt oder beurlaubt waren. Ihnen steht damit im Vergleich zu einem Vollzeitbeamten ein geringerer Ruhegehaltssatz zu, obwohl sie die gleichen ruhegehaltfähigen Dienstzeiten erbracht haben. Das Gericht sah darin eine mittelbare Benachteiligung von Frauen, da sie von der Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung überwiegend Gebrauch machten (Beschluss vom 18.06.2008, Az.: 2 BvL 6/07).

In **Bayern** werden diese Vorschriften **auf Initiative des BBB** schon seit dem Jahr 2005 **für Teilzeit- oder Beurlaubungszeiten ab dem 17.05.1990 nicht mehr angewandt**. Damals erging ein entsprechendes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Diese Praxis muss nun auch auf frühere Zeiten ausgedehnt werden.

Bindung kraft Gesetz

An die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die **Nichtigkeit der Regelungen sind alle Dienstherrn kraft Gesetz gebunden**. Jegliche Bescheide, die ergehen, müssen sich an die Entscheidung halten. Der BBB wird sich aber auch dafür einsetzen, dass sämtliche bereits ergangenen Bescheide korrigiert werden. Dies gilt sowohl für kürzlich ergangene Bescheide, die noch nicht rechtskräftig geworden sind, als auch für Bescheide, die schon vor längerer Zeit bekannt gegeben wurden.

Soweit möglich, sollten Betroffene Widerspruch zur vollständigen Rechtswahrung einlegen, um die Bestandskraft ihrer Versorgungsfestsetzungsbescheide zu verhindern. Ruhegehaltsfestsetzungen werden in der Regel einen Monat nach Erhalt des Bescheides bestandskräftig.

Offene Verfahren

Betroffene, die im Anschluss an frühere Initiativen des BBB rechtlich gegen ihre damaligen Bescheide vorgegangen sind, und deren Verfahren bis zur endgültigen Klärung ruhend gestellt wurden, profitieren von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, ohne weitere Schritte unternehmen zu müssen.

Sonstige Betroffene

Aber auch die übrigen Fälle müssen unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts neu beurteilt werden. Der BBB ist der Ansicht, dass die verfassungswidrigen Vorschriften in Zukunft keinerlei Wirkung mehr entfalten dürfen. Er befindet sich bereits in Verhandlungen mit dem federführenden Staatsministerium der Finanzen. **Es muss sichergestellt werden, dass künftig kein Betroffener eine zu niedrige Versorgung erhält, die auf den streitgegenständlichen Regelungen beruht.** Es müssen deshalb alle früher erlassenen Versorgungsbescheide überprüft und gegebenenfalls – zumindest für die Zukunft – korrigiert werden. Keinesfalls darf es erneut dazu kommen, dass diejenigen, die auf das rechtmäßige Handeln des Dienstherrn vertraut haben, das Nachsehen haben.

Rechtlicher Hintergrund

Die Höhe des Ruhegehalts eines Beamten bestimmt sich in der Regel nach dem Endgrundgehalt und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit, den Ruhegehaltssätzen. Bis zum 31.12.1991 galt für die Berechnung des Ruhegehaltssatzes eine degressive Tabelle. Das Ruhegehalt betrug bei Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltfähigen Dienstzeit 35 Prozent. Mit jedem weiteren Dienstjahr bis zum 25. Dienstjahr stieg es um zwei Prozent, dann um ein Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zu einem Höchstruhegehaltssatz von 75 Prozent. Den Höchstruhegehaltssatz erreichte ein Beamter nach 35 ruhegehaltfähigen Dienstjahren.

Versorgungsabschlag

Um eine Besserstellung der Teilzeitbeschäftigten zu vermeiden sah das Beamtenversorgungsrecht seit dem Jahr 1984 bei Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung eine zeitanteilige Verminderung des Ruhegehaltssatzes vor (Versorgungsabschlag). Diese wurde nach § 14 Abs. 1 BeamtVG in der bis zum 31.12.1991 geltenden Fassung berechnet, indem zunächst der fiktive Ruhegehaltssatz ermittelt wurde, den der Beamte erreicht hätte, wenn er nicht Teilzeit, sondern Vollzeit gearbeitet hätte. Dieser fiktive Ruhegehaltssatz wurde sodann in dem Verhältnis vermindert, in dem die tatsächliche ruhegehaltfähige Dienstzeit des Beamten zu der ruhegehaltfähigen Dienstzeit stand, die er im Falle einer Vollzeitbeschäftigung erreicht hätte.

Zum 01.01.1992 wurde die degressive Ruhegehaltstabelle durch eine lineare Tabelle ersetzt. Eines Versorgungsabschlags der beschriebenen Art bedurfte es unter Geltung dieser neuen Ruhegehaltstabelle nicht mehr. Die Vorschrift des § 14 Abs. 1 BeamtVG a.F. blieb indes kraft der Übergangsvorschrift des § 85 BeamtVG (bzw. § 54 und 55 BeamtVG) für die Berechnung des Ruhegehalts derjenigen Beamten anwendbar, die bereits am 31.12.1991 im Beamtenverhältnis standen.

Vergleichsberechnung nach Übergangsrecht

Nach den Übergangsvorschriften ist eine Vergleichsberechnung des Ruhegehaltssatzes vorgesehen. Es werden drei fiktive Werte gebildet: Der Ruhegehaltssatz nach altem Recht (mit Versorgungsabschlag), nach neuem Recht und unter Zugrundelegung einer Kombination beider Rechte (ohne Versorgungsabschlag nach altem Recht). Ist der „Kombinations-Ruhegehaltssatz“ höher als der Satz nach neuem Recht, ist dieser anzuwenden. Er darf dabei allerdings nicht den Ruhegehaltssatz nach altem Recht übersteigen, sonst ist letzterer anzuwenden. Nur in diesem Fall kommt der Versorgungsabschlag zum tragen.

Die Vorgeschichte

Bereits mit Urteil vom 23.10.2003 hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Regelung des § 85 BeamtVG in Verbindung mit § 14 Abs. 1 BeamtVG a.F. im Widerspruch zu dem Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen aus Art. 141 EG-Vertrag stehe. Die Anwendung der Bestimmungen könne dazu führen, dass Teilzeitdienst bei gleicher Zahl abgeleiteter Dienststunden zu einem niedrigeren Ruhegehalt führe als Vollzeitdienst. Die Wirkung seines Urteils beschränkte der EuGH aus Gründen der Rechtssicherheit auf Leistungen, die für Beschäftigungszeiten nach dem 17.05.1990 geschuldet werden. Erst mit Urteil von diesem Tag stellte der Gerichtshof die unmittelbare Anwendbarkeit der zugrundeliegenden europarechtlichen Vorschrift auf die

beamtenrechtliche Versorgung fest. Erst seit diesem Zeitpunkt ist das deutsche Versorgungsrecht an dieser Vorschrift zu messen.

Im Jahr 2005 schloss sich das Bundesverwaltungsgericht dieser Sicht an (Urteile vom 25. Mai 2005, Az.: 2 C 6.04 und 2 C 14.04) und gab damit seine frühere Rechtsprechung auf.

Dem BBB ging es darum, auch die Zeiträume vor dem 17.05.1990 zu erfassen. Dies ist mit der nun vorliegenden Entscheidung gelungen.

Die Klägerin ist seit 1971 Beamtin. Bis zu ihrer Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit mit Wirkung vom 01.08.1998 war sie überwiegend teilzeitbeschäftigt. Ihr Ruhegehaltssatz wurde für die Zeit vor dem 17.05.1990 auf der Grundlage von § 14 Abs. 1 BeamtVG a.F. berechnet, sodass für diesen Zeitraum der Versorgungsabschlag voll wirksam wurde. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof setzte im Berufungsverfahren den Rechtsstreit aus und legte dem BVerfG die Frage zur Entscheidung vor, ob die Regelung des § 14 Abs. 1 BeamtVG in der bis zum 31.12.1991 geltenden Fassung über den Versorgungsabschlag mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts

Die Vergleichsberechnung unter Berücksichtigung des alten Versorgungsabschlags stellt nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts eine mittelbare Benachteiligung von beamteten Frauen dar, weil von der Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung (damals) in weitaus überwiegendem Maße beamtete Frauen Gebrauch machen. Eine verfassungskonforme Rechtfertigung für diesen Umstand liegt nach Auffassung des erkennenden Senats insbesondere auch unter Berücksichtigung der folgenden Gesichtspunkte nicht vor:

Sonderbelastung nicht gerechtfertigt

Die mit der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten verbundenen Kosten für die öffentlichen Haushalte rechtfertigten es nicht, zur Erreichung einer Kostenneutralität gerade die überwiegend weiblichen Teilzeitbeschäftigten heranzuziehen. Sowohl bei arbeitsmarktpolitischer als auch familienpolitischer Teilzeit machten überwiegend Frauen von einer Möglichkeit der Beschäftigung Gebrauch, die auch im Interesse des Staates zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingeräumt werde. Aus diesem Grund dürfe nicht denen, die von der so geschaffenen Möglichkeit Gebrauch machen, ein besonderer Beitrag zur Finanzierung dieses Systems abverlangt werden.

Gesetzgeberisches Ziel unstatthaft

Auch das gesetzgeberische Ziel, eine relative Besserstellung teilzeitbeschäftigter Beamter zu vermeiden, sei verfassungsrechtlich nicht statthaft. Zwar führe die Anwendung allein der degressiven Ruhegehaltstabelle im Einzelfall dazu, dass Teilzeitbeschäftigte trotz geringerer ruhegehaltfähiger Dienstzeit den gleichen Ruhegehaltssatz wie ein Vollzeitbeschäftigter erreichen, jedoch betreffe dies die Fälle, in denen es um die Mindestsicherung des Beamten bei nur kurzer Dienstzeit gehe.

Leitbild des Vollzeitbeamten nicht ausreichend

Auch den Umstand, dass der Teilzeitbeamte vom Leitbild des Vollzeitbeamten abweiche, könne der Gesetzgeber zwar grundsätzlich zur Begründung besoldungsrechtlicher Regelungen anführen, jedoch ende die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers dort, wo sich die Regelungen in unverhältnismäßiger Weise benachteiligend für Beamte eines Geschlechts auswirken. Diese Grenze sei vorliegend wegen des grundgesetzlichen Diskriminierungsverbots des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG überschritten.

Schutz von Ehe und Familie nicht aushöhlen

Eine mittelbar aufgrund des Geschlechts bedingte schlechtere Altersversorgung teilzeitbeschäftigter Frauen sei auch unter Berücksichtigung des Schutzes von Ehe und Familie verfassungsrechtlich nicht zulässig; die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die effektive Wahlfreiheit in der Entscheidung über Rollenwahl und Rollenverteilung in Ehe, Familie und Beruf dürfe nicht durch finanzielle Nachteile im Bereich der Versorgung von Beamten teilweise wieder ausgehöhlt werden.